

Themenblätter im Unterricht/Nr. 54



Entscheiden in der Demokratie

— Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (32 Stück) und Hinweise für den Einsatz im Unterricht

Neu 2008!

**Aktualisierter
Nachdruck**

VORAB



— Zu den Autoren



Dr. Michael Wehner (h.r.), studierte in Freiburg an der Pädagogischen Hochschule Geschichte und Politikwissenschaft und war zwei Jahre lang im Schuldienst des Landes Baden-Württemberg. Seit 1991

ist er Leiter der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Michael Wehner ist Autor mehrerer Veröffentlichungen zu politikwissenschaftlichen und pädagogischen Themen sowie Autor mehrerer Schulbücher in den Fächern Geschichte und Gemeinschaftskunde. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg, an der Pädagogischen Hochschule Freiburg sowie an der Berufsakademie des Landes Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.

Christoph Koch (h.l.), Hendrik Hegemann (v.l.), Florian Grosch (u.r.), studieren an der Albert-Ludwigs-Universität Politikwissenschaft und sind freie Mitarbeiter der Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

— Impressum

— Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de
(keine Bestellungen!)

— Autoren: Florian Grosch, Hendrik Hegemann,
Christoph Koch, Dr. Michael Wehner
— Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Frithjof Goetz

— Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
— Titelbild: Leitwerk
— Druck: Mareis Druck, Weißenhorn
— Papier: Schneidersöhne, PlanoNature FSC

FSC-Gütesiegel

— Urheberrechte: Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

— Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— Zweite Auflage: Mai 2008, ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.947 (siehe Bestellcoupon auf der letzten Seite)

— Inhalt

Vorab: Impressum, Zu den Autoren, Lieferbare Themenblätter im Unterricht
Lehrerblatt 01–04: Anmerkungen für die Lehrkraft/Kopiervorlage
Arbeitsblatt A/B: Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (32 Stück)
zum Thema: „Entscheiden in der Demokratie“
Hinweise: Weiterführende Literatur und Internetadressen
Rückseite: Bestellcoupon und Schlagwortregister der Themenblätter im Unterricht

— Lieferbare Themenblätter im Unterricht

- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion. Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.354
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn. Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? (neu 2006) Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 22: Lust auf Lernen. (Nachdruck) Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. (neu 2005) Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 33: Internet-Sicherheit. Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 39: Zuschauer–Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
- Nr. 45: Folter und Rechtsstaat. Bestell-Nr. 5.395
- Nr. 46: Europa in guter Verfassung? Bestell-Nr. 5.396
- Nr. 47: Die Türkei und Europa. Bestell-Nr. 5.940 (Restbestand)
- Nr. 48: Politische Streitkultur. Bestell-Nr. 5.941
- Nr. 49: Sport und (Welt-)Politik. Bestell-Nr. 5.942
- Nr. 50: Freiheitsrechte – grenzenlos? Bestell-Nr. 5.943
- Nr. 51: Gesundheitspolitik – Ende der Solidarität? Bestell-Nr. 5.944
- Nr. 52: Wasser – für alle!? Bestell-Nr. 5.945
- Nr. 53: Wehr(un)gerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.946
- Nr. 54: Entscheiden in der Demokratie. (neu 2008) Bestell-Nr. 5.947
- Nr. 55: Baukultur und Schlossgespenster. Bestell-Nr. 5.948
- Nr. 56: Stichwort Antisemitismus. Bestell-Nr. 5.949
- Nr. 57: Nachhaltige Entwicklung. Bestell-Nr. 5.950
- Nr. 58: Wie christlich ist das Abendland? Bestell-Nr. 5.951
- Nr. 59: Gleiche Chancen für Anne und Ayshe? Bestell-Nr. 5.952
- Nr. 60: Deutschland für Europa. Bestell-Nr. 5.953
- Nr. 61: Friedenschancen im Nahen Osten? Bestell-Nr. 5.954
- Nr. 62: Unterschicht in Deutschland? Bestell-Nr. 5.955
- Nr. 63: Akteure im politischen Prozess. Bestell-Nr. 5.956
- Nr. 64: Urteil und Dilemma. Bestell-Nr. 5.957
- Nr. 65: Europa der 27. Bestell-Nr. 5.958
- Nr. 66: Mitmischen: Neue Partizipationsformen. Bestell-Nr. 5.959
- Nr. 67: Inländisch, ausländisch, deutschländisch. Bestell-Nr. 5.960
- Nr. 68: Unternehmensethik. Eigentum verpflichtet. Bestell-Nr. 5.961
- Nr. 69: Olympialand China. Bestell-Nr. 5.962
- Nr. 70: US-Präsidentschaftswahl 2008. Bestell-Nr. 5.963
- Nr. 71: Mobilität und Umwelt. Bestell-Nr. 5.964
- Nr. 72: Welche EU wollen wir? Bestell-Nr. 5.965
- Nr. 73: Klimagerechtigkeit. Bestell-Nr. 5.966 (ab Sommer)
- Nr. 74: Zwischen Terror und Sicherheit. Bestell-Nr. 5.967 (ab Sommer)

Sämtliche Ausgaben im Internet, auch die vergriffenen, in Farbe und Schwarz-Weiß:
www.bpb.de/themenblaetter

— Jetzt bestellen! pocket global



Was ist Globalisierung und welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen hat sie? *pocket global* ist ein handliches, leicht verständliches Lexikon für die Hosentasche: von „Agenda 21“ über „Humanitäre Hilfe“ bis zum „Zoll“ werden wesentliche Begriffe zur Globalisierung und zur internationalen Politik knapp erklärt, ergänzt um zahlreiche Schaubilder und Illustrationen.

Kostenloses Musterexemplar bestellen mit dem Coupon auf der letzten Seite!

Entscheiden in der Demokratie

von Florian Grosch, Hendrik Hegemann, Christoph Koch, Michael Wehner

LEHRERBLATT

01

„Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.“
Der berühmte Ausspruch Winston Churchills* bringt das Problem auf den Punkt: Trotz aller Mängel, die auch der Demokratie anhaften, gibt es bis heute nirgendwo eine Staatsform, die besser geeignet wäre, das Zusammenleben der Menschen zu regeln.

Einer der Kritikpunkte vieler Bürger[♂] sind die so langwierigen wie mühsamen Verhandlungen und Entscheidungswege in demokratischen Prozessen. Aber gerade wechselnde Mehrheiten, der Wettbewerb um die besten Ideen und die Berücksichtigung möglichst vieler Interessen im Meinungsbildungsprozess sind Kennzeichen einer intakten Demokratie und unterscheiden sie von totalitären Systemen. In pluralistischen Gesellschaften gehört die Berücksichtigung unterschiedlicher Meinungen zum demokratischen Miteinander, auch wenn dies bedeuten kann, dass es mehr Zeit braucht, um zu verbindlichen (d.h. von allen annehmbaren) Entscheidungen zu gelangen.

♂ steht für die männliche und weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

* Winston Churchill (1874–1965), britischer Premierminister 1940–1945 und 1951–1955

Spielregeln der Demokratie

Politik bedeutet, Lösungen zu finden für gesellschaftliche Probleme, ist also dazu da, Entscheidungen zur Regelung unseres Zusammenlebens zu treffen. Entscheidungsfindung ist somit Grundlage politischen Handelns. Warum aber müssen diese Entscheidungen demokratisch gefällt werden? Wer trifft diese Entscheidungen? Worüber soll überhaupt entschieden werden? Wo sind die Grenzen öffentlicher Entscheidungskompetenz erreicht? Diese Fragen werden im vorliegenden Themenblatt zur Diskussion gestellt.

— Lernziel

Ziel des vorliegenden Arbeitsblattes ist es, bei den Schülern[♂] ein grundlegendes Verständnis dafür zu schaffen, dass demokratische Entscheidungsprozesse aufwändig und zeitraubend, in einer Demokratie jedoch notwendig und sinnvoll sind. Die Ausgestaltung dieser Prozesse ist dann die weiterführende Frage.

Durch möglichst kontroverse und lebensnahe Beispiele kann Jugendlichen politisches Handeln auf allen Ebenen, vom Europäischen Rat über den Bundestag bis hin zur Bürgerinitiative erfahrbar gemacht werden. Außerdem wird ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass Entscheidungen in der Demokratie sich nicht nur auf den Akt des Wählens beschränken, sondern dass die Bürger[♂] vielmehr durch Engagement Einfluss auf die politische Gestaltung nehmen können.

— Grundprinzipien der Demokratie

- Volkssouveränität
- Gleichheit
- Freiheit
- Rechtsstaatlichkeit

— Gestaltungselemente der Demokratie

- Verfassung mit Garantie der Grundrechte
- allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen
- Mehrheitsprinzip (in der Regel)
- Politische Parteien als Träger der politischen Willensbildung
- Gewaltenteilung
- Verfassungsgerichtsbarkeit
- Unabhängigkeit der Rechtsprechung

— Zur Ergänzung liegen in der bpb u.a. vor:

Themenblätter im Unterricht

- Demokratie – was ist das? (Nr. 6)
- Zuschauer-Demokratie (Nr. 39)
- Politische Streitkultur (Nr. 48)

Arbeitsmappe „Was heißt hier Demokratie?“

siehe Bestellcoupon auf der vorletzten Seite

Grundlagen politischen Handelns

- Politisches Handeln in der Demokratie bedeutet **Partizipation** (= Teilnahme) an der Herrschaft; d.h. an dem, was entschieden und in die Tat umgesetzt wird;
- Bürger[♂] handeln politisch durch **passives Wahlrecht** (= lassen sich als Kandidaten[♂] aufstellen und wählen) und **aktives Wahlrecht** (= gehen zur Wahl bei Kommunal-, Landtags-, Bundestagswahlen) und/oder durch **Plebiszite**, z. B. Bürgerinitiativen, Volksbegehren (sind auf Bundesebene im Prinzip nicht vorgesehen; in einigen Bundesländern möglich);
- **Minimalkonsens** ist notwendig (der betrifft die Achtung der Menschenwürde/Menschenrechte, Minderheitenschutz);
- **Anerkennung der demokratischen Spielregeln** (Mehrheitsprinzip. Aber Entscheidungen sind in der Demokratie auch immer wieder diskutierbar und im Prinzip durch „Wiederaufnahme“ änderbar);
- **Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols.**

LEHRERBLATT

02

— Repräsentativsystem

„Das Volk übt die Staatsgewalt nicht direkt aus, sondern überträgt sie durch Wahlen Repräsentanten, den Abgeordneten, die in seinem Auftrag die Entscheidungen im Staat treffen.“

Die Entscheidung gegen die Aufnahme von Elementen direkter Demokratie in das Grundgesetz wurde durch die negativen Erfahrungen der Weimarer Republik beeinflusst. In den letzten Jahrzehnten mehren sich jedoch die Forderungen nach einer direkten Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen. Der Erfolg der Bürgerbewegungen in der ehemaligen DDR gab diesen Forderungen neuen Auftrieb. Die entsprechenden Anträge fanden in der Verfassungskommission von 1992 jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.“

— Mehrheitsprinzip

„In einer Demokratie gilt der Grundsatz, dass bei Wahlen und Abstimmungen die Mehrheit entscheidet und dass die Minderheit die Mehrheitsentscheidung anerkennt. Sie hat dafür die Chance, bei künftigen Wahlen und Abstimmungen ihrerseits die Mehrheit zu erringen, und kann erwarten, dass dann ihre Entscheidungen respektiert werden.“

Das Mehrheitsprinzip ist eine Kompromisslösung. Die Entscheidung der Mehrheit muss nicht „richtig“ sein. Das Mehrheitsprinzip gewährleistet aber, dass Konflikte friedlich ausgetragen werden.“

Aus: Horst Pötzsch: Die deutsche Demokratie, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.

— Direkte Demokratie

„Die Erfahrungen im internationalen Kontext lehren, dass eine Einführung direktdemokratischer Elemente in das repräsentativ-demokratische Regierungssystem dessen Effizienz steigert.“

Eine differenzierte Ausgestaltung der Verfahren könnte am Ende zu mehr Bürgerpartizipation und einer lebendigeren Bürgergesellschaft führen.“

Dazu mehr in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2006: Direkte Demokratie, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2006.

Online unter: www.bpb.de/publikationen/PW4AC4,0,Direkte_Demokratie.html

— Zu den Aufgaben auf Arbeitsblatt A + B

Die Aufgaben des Themenblattes bauen aufeinander auf, d.h. das Themenblatt sollte komplett behandelt werden. Die erste und letzte Aufgabe bieten zusätzlich Freiräume an, den Themenkomplex unterschiedlich intensiv zu bearbeiten.



„Entscheidungen müssen sein“ (zu Aufgabe 1)

Die Illustrationen dienen als Einstieg in das Thema und können – je nach anberaumter Zeit – als stummer Impuls zur Einführung, aber auch als Diskussionsvorlage für die Grundfragen der Demokratie dienen. Ob die Schüler die Fragen schriftlich beantworten, ob sie in der Klasse diskutiert werden oder ob sie lediglich als stummer Impuls dienen, hängt vom Zeitbudget ab. Die anschließenden Arbeitsfragen dienen als Anreiz, sich selbst (auch wertend) mit dem Themenkomplex „Entscheidungen in einem politischen System“ zu beschäftigen.

Klar muss dabei werden, dass kein politisches System ohne Entscheidungen (über-) lebt. Entscheidungen können verschleppt, vertagt oder auch nur halb gefällt werden; der politische Problemdruck bleibt dennoch bestehen.

Zur Ergänzung:

Die Frage ist allerdings die Abgrenzung: Was muss politisch entschieden werden? Wo sollte sich der Staat heraushalten? (Beispiele aus dem Schüleralltag: Wer bestimmt, wann Jugendliche zuhause sein sollten? Ob sie Alkohol zu sich nehmen dürfen? Was sie in der Schule anziehen sollen, wie lange die Schulpflicht dauern soll, etc.)

In der Gegenüberstellung verschiedener Aspekte werden die Vorzüge einer Demokratie gegenüber einer Diktatur deutlich.

„Wer soll entscheiden?“ (zu Aufgabe 2)

Da das Grundgesetz keine Plebiszite auf Bundesebene vorsieht, haben wir ein fiktives demokratisches Land als Beispiel gewählt und auf die Bezeichnungen Bundestag, Bundeskanzler etc. absichtlich verzichtet. Hier bieten sich Ihnen verschiedene Möglichkeiten der Besprechung an. Denkbar sind offene Diskussionen, Einzel- oder Gruppenarbeit.

Die meisten Pro- und Contra-Argumente lassen sich mit Hilfe folgender Kategorien zuordnen: Effizienz / Legitimität / Akzeptanz der Entscheidung / Kompetenz / Beeinflussbarkeit.

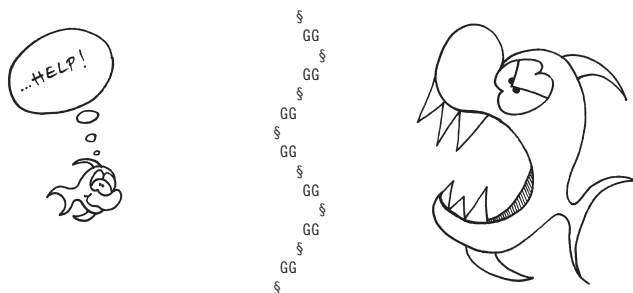
„Wie wird entschieden?“ (zu Aufgabe 3)

Diese Aufgabe geht auf Entscheidungsverfahren ein. Ziel ist es, den Schülern zu veranschaulichen, warum unterschiedliche Situationen unterschiedliche Mehrheiten benötigen, um Legitimität zu schaffen. Die Aufgabe dient nicht einer reinen Wissensabfrage, sondern führt den Schülern vor Augen, welchen Sinn unterschiedliche Mehrheiten in verschiedenen Zusammenhängen haben. Die fünfte Frage eröffnet die Möglichkeit, über Entscheidungsverfahren im Klassenverbund zu diskutieren.

Lösungen: a →, b →, c ↑, d →, e →.

„Diktatur der Mehrheit?“ (zu Aufgabe 4)

Die vierte Aufgabe stellt den Minderheitenschutz in den Vordergrund. Den Schülern soll klar werden, dass – egal bei welchen Mehrheitsverhältnissen – Grundrechte „unantastbar“ bleiben. Dies ist grundlegende Bedingung für die Mehrheitsregel und verhindert die Tyrannei der Mehrheit. Dies schafft Sicherheit und Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse.



Außerdem haben die Schüler die Möglichkeit, das Grundgesetz (den Aufbau, die Sprache und zentrale Inhalte) kennen und verstehen zu lernen.

Nebenstehend sind die relevanten Passagen abgedruckt. Wir empfehlen jedoch, den Schülern den kompletten Grundgesetztext zur Verfügung zu stellen (falls nicht schon an der Schule vorhanden, kann dieser bei der bpb als Klassensatz bestellt werden). Für vertiefende Fragen siehe „Weiterführende Hinweise“ auf der vorletzten Seite.

Lösungen:

Aussage a ist „falsch“, begründet durch Art. 79 Abs. 3, Art. 1 Abs. 1;

Aussage b ist „richtig“, begründet durch Art. 5 Abs. 1;

Aussage c ist „falsch“, begründet durch Art. 20 Abs. 1, Art. 79 Abs. 3;

Aussage d ist „richtig“, begründet durch Art. 19 Abs. 4.

„Selbst mitentscheiden?!“ (zu Aufgabe 5)

Bei den oft noch nicht wahlberechtigten Schülern muss das Verständnis dafür entstehen, dass Demokratie mehr ist als die bloße Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen und dass Entscheidungen durchaus beeinflussbar sind.

Das im Arbeitsblatt angeführte Beispiel kann gerne durch ein aktuelles (bevorzugt kommunalpolitisches) Ereignis ersetzt werden. Je nach vorhandener Zeit können lediglich Möglichkeiten zum politischen Engagement aufgelistet oder auch konkret durchgeführt werden.

Als Anregung dienen folgende Vorschläge:

Fragebogenaktionen durchführen / Gespräche mit politisch Verantwortlichen / Plakate / Infoveranstaltungen / Podiumsdiskussionen / Leserbriefe schreiben / Straßentheater veranstalten / Presse alarmieren / Demonstrationen / Briefe an die Abgeordneten / etc...

„Wer darf wählen?“ (zu Aufgabe Z1)

Zur Diskussion über die Wahlgrundsätze als Wesensbestandteil der Demokratie dient die Liste „Aussagen zum Wahlrecht“. Im ersten Schritt sollen die Schüler die Aussagen beurteilen nach dem Motto: „Wenn es nach mir ginge...“. Im zweiten Schritt werden Mutmaßungen und „Stammtisch-Parolen“ einerseits sowie mit den Wahlgrundsätzen übereinstimmende Aussagen andererseits herausgearbeitet.

Lösungen: Für Bundestagswahlen sind die Aussagen B und L richtig.

Die 16 Bundesländer haben z.T. abweichende Wahlgesetze für die Landtags- und Kommunalwahlen. So dürfen zum Beispiel bei Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein Jugendliche ab 16 Jahren wählen. Bei der Europawahl sind alle in Deutschland lebenden volljährigen Bürger der EU (Unionsbürger), die seit mindestens drei Monaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wohnen, wahlberechtigt. Weitere Besonderheiten: www.wahlrecht.de

LEHRERBLATT

03

— Aus dem Grundgesetz

Art. 1 GG

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art. 5 GG

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten (...).

Art. 19 GG

(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen (...).

Art. 20 GG

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Art. 79 GG

(1) Das Grundgesetz kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des Grundgesetzes ausdrücklich ändert oder ergänzt (...).

(2) Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Mitglieder des Bundesrates.

(3) Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.

— Tipp: Das Grundgesetz...

... (auch in Russisch und in Türkisch) kann kostenlos bezogen werden unter:

www.bpb.de > Publikationen

— Eine Meinung zum Thema

„Die größte Strafe für alle, die sich nicht für Politik interessieren, ist, dass sie von Leuten regiert werden, die sich für Politik interessieren.“

Arnold Joseph Toynbee (1889–1975),
englischer Historiker und Kulturphilosoph

KOPIERVORLAGE

K01

Z1 Wer darf wählen?

A Welche Meinung haben Sie persönlich? Bitte die entsprechenden Buchstabenkästchen ankreuzen.

B Was sagt das Wahlrecht dazu? Bitte in den rechten Spalten entsprechend ankreuzen. (+ = stimmt / - = stimmt nicht)

ö steht für die männliche und weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

— Wahlgrundsätze



1. Die Wahlen zu deutschen Parlamenten müssen nach Artikel 38 des Grundgesetzes

- (a) allgemein sein (vom Wahlrecht ist grundsätzlich kein Bürgerö ausgeschlossen),
(b) unmittelbar (direkt, das bedeutet ohne Zwischeninstanzen, wie z.B. Wahlmännerö),
(c) frei (ohne staatlichen Zwang und mit freier Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien),
(d) gleich (alle Wählerö haben gleich viele Stimmen, und alle Stimmen haben das gleiche Gewicht) und
(e) geheim (Verbot festzustellen, wie der Einzelneö gewählt hat. Offen abgegebene Stimmen sind ungültig.).

2. Aktives Wahlrecht und passives Wahlrecht*

- (a) Bei Bundes- und Landtagswahlen können nur Deutsche, die mindestens 18 Jahre alt sind, wählen und gewählt werden.
(b) Bei Kommunalwahlen sind – ebenso wie bei den Wahlen zum Europaparlament – auch Ausländerö aus EU-Staaten wahlberechtigt.
(c) Bei Kommunalwahlen in einigen Bundesländern darf das aktive Wahlrecht schon mit 16 Jahren ausgeübt werden.

3. Ausschluss vom Wahlrecht

- (a) Das Wahlrecht kann durch richterlichen Beschluss aberkannt werden. Dies ist in der Regel nur bei sehr schweren Verbrechen der Fall.
(b) Personen, für die Betreuung zur Besorgung aller Angelegenheiten eingerichtet ist, dürfen nicht wählen. D.h. eine Totalbetreuung hat den Verlust des Wahlrechts zur Folge, nicht aber eine Teilbetreuung (Betreuung, die auf einzelne Aufgabengebiete beschränkt ist).
(c) Der Entzug des Wahlrechts stellt in jedem Fall einen Ausnahmefall dar.

* Menschen mit aktivem Wahlrecht dürfen wählen, Menschen mit passivem Wahlrecht können gewählt werden. Quelle: www.wahlrecht.de/lexikon/

Table with 3 columns: 'Aussagen zum Wahlrecht', '+', and '-'. It lists 18 statements (A-T) regarding voting rights and their corresponding approval/disapproval status.

C Begründen Sie Ihre Entscheidungen anhand der links abgedruckten Wahlgrundsätze!

Horizontal lines provided for writing answers to section C.

Entscheiden in der Demokratie

ARBEITSBLATT

A

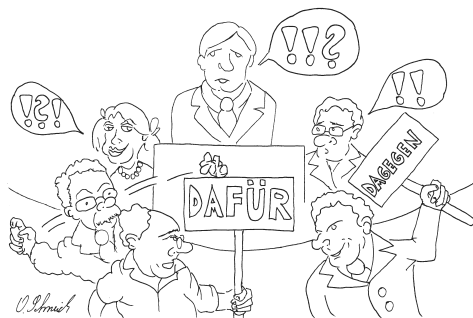
von Florian Grosch, Hendrik Hegemann, Christoph Koch, Michael Wehner

Damit ein Staat ‚funktioniert‘, damit in der Gesellschaft alle gedeihlich zusammenleben können, bedarf es unzähliger politischer Entscheidungen. Entscheidungen können auf verschiedene Weisen zustande kommen.

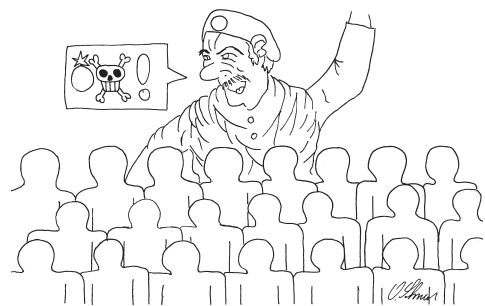
1 Entscheidungen müssen sein

♂ steht für die männliche und weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Diese Staatsform nennt man:



Diese Staatsform nennt man:



A Betrachten Sie die Zeichnungen genau. Was können Sie erkennen; welche Probleme werden dargestellt?

C Wie nennt man die dargestellten Staatsformen? Bitte obenstehende Zeilen ausfüllen.

B Welche Anliegen muss Ihrer Meinung nach ein Staat überhaupt entscheiden?

D Was kritisieren die Menschen an ihrer jeweiligen Staatsform und wie berechtigt finden Sie ihre Kritik?

2 Wer soll entscheiden?

Das Energieunternehmen HFB Energy möchte ein Atomkraftwerk in dem demokratischen Staat XY bauen. Es muss nun entschieden werden, ob es dafür eine Genehmigung erhält. Die Entscheidung darüber kann von einem, vielen oder allen getroffen werden.

Überlegen Sie Vor- und Nachteile der folgenden Entscheidungsprinzipien und vergleichen Sie diese in der Klasse.

— Entscheidungsprinzipien	— Pro	— Contra
A Energieversorgung und Umweltschutz sind wichtige Themen, über die schnell entschieden werden muss. Der Regierungschef ♂ entscheidet daher allein, ob das Kraftwerk genehmigt wird.		
B Ein Atomkraftwerk hat weitreichende Folgen, und die notwendige Technik ist äußerst komplex. Eine Experten ♂ kommission bestimmt deshalb über den Bau.		
C Das Parlament stimmt ab, da es von den Bürgern♂ gewählt wurde, um über die wichtigsten Fragen zu entscheiden.		
D Da der Bau des Kraftwerks alle Bürger ♂ betrifft, wird ein Volksentscheid durchgeführt.		
E Anderer Vorschlag:		

ARBEITSBLATT

B

3 Wie wird entschieden?

In einer Demokratie gibt es unterschiedliche Entscheidungsverfahren. Neben Entscheidungen mit **absoluter Mehrheit** (mehr als die Hälfte der Entscheidungsträger* müssen zustimmen) gibt es Entscheidungen mit **qualifizierter Mehrheit**, zumeist der **Zweidrittelmehrheit** (mindestens zwei von drei Entscheidungsträgern* müssen zustimmen) und **Konsensentscheidungen** (alle Entscheidungsträger* müssen zustimmen).

Welche Entscheidungsverfahren halten Sie in den jeweiligen Situationen für sinnvoll und notwendig? Warum gibt es wohl solche Unterscheidungen? Ordnen Sie die untenstehenden Entscheidungen einem der folgenden Verfahren zu!
 (→ = absolute Mehrheit (>50%) / ↗ = Zweidrittelmehrheit (>66,7%) / ↑ = Konsens (100%)

— Entscheidungen	→	↗	↑
a Im Bundestag wird über eine Veränderung des Grundgesetzes abgestimmt, welche die Versammlungsfreiheit der Bürger* einschränken würde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b Die Einwohner* der Stadt wählen einen neuen Bürgermeister*.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c Die Staats- und Regierungschefs* der Europäischen Union sollen entscheiden, ob ein neues Land in die EU aufgenommen werden soll.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d Die Bundesversammlung wird einberufen, um den Bundespräsidenten* zu wählen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e In der Schulklasse wird ein neuer Klassensprecher* gewählt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4 Diktatur der Mehrheit?

Nehmen Sie einen Text des Grundgesetzes zur Hand und lesen Sie darin folgende Artikel: Art. 1 Abs. 1; Art. 5 Abs. 1; Art. 19 Abs. 4; Art. 20 Abs. 1 sowie Art. 79. Überlegen Sie, ob folgende Aussagen richtig oder falsch sind und wodurch diese begründet werden. (+ = richtig / - = falsch / ↓ = begründet durch (Art., Abs.))

— Aussagen	+	-	↓
a Wenn 5/6 der Abgeordneten im Bundestag dafür sind, kann der Schutz der Menschenwürde für Kinder und Jugendliche aufgehoben werden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
b Auf die Meinungsfreiheit können sich auch diejenigen berufen, die bei der letzten Wahl nicht mit der Mehrheit gestimmt haben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
c Das Parlament kann die Demokratie abschaffen und den Bundeskanzler* zum Alleinherrscher* ausrufen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
d Die Bürger* können den Schutz ihrer Rechte gegenüber dem Staat durchsetzen, indem sie sich an ein Gericht wenden.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

5 Selbst mitentscheiden?!

In Ihrer Stadt soll aus finanziellen Gründen ein beliebtes Jugendzentrum geschlossen werden. Darüber entscheidet der Gemeinde-/ Stadtrat in einigen Wochen.

Beteiligen Sie sich kreativ am Entscheidungsprozess:

A Was könnten Sie tun, um das Jugendzentrum zu retten?

B Wie könnten Sie für das Thema Aufmerksamkeit erzielen oder Protest bzw. Zustimmung mobilisieren?



— Zeichnung: Bill Watterson (Calvin und Hobbes) — Foto: www.sachsenisch-bayrisches-staedtenetz.de

— Weiterführende Hinweise

— Schriften und Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung

Informationen zur politischen Bildung

Nr. 239: Grundrechte

Die Respektierung und Garantie von Grundrechten ist eine Grundlage für demokratische Entscheidungen. Sie unterliegen jedoch auch einem dynamischen Prozess und werden regelmäßig verändert.

— Bestell-Nr. 4.239

Nr. 284: Demokratie

In einer Demokratie zu leben, ist für die Mehrheit der Deutschen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Der Rückblick auf die Entwicklung der Demokratie von ihrer Entstehung bis in die Gegenwart zeigt aber, dass sie hart erkämpft wurde und immer wieder in der Lage war, sich an neue Umstände anzupassen.

— Bestell-Nr. 4.284

Nr. 295: Parlamentarische Demokratie

Um die Arbeitsleistung des Parlaments beurteilen zu können, sind Kenntnisse über seine Organisation, über Rolle, Selbstverständnis und Arbeitsalltag seiner Mitglieder sowie über seine Aufgaben und Herausforderungen hilfreich.

— Bestell-Nr. 4.295

Themenblätter im Unterricht

Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie

— Bestell-Nr. 5.388 (vergriffen);
online: www.bpb.de/themenblaetter

Nr. 39 / 48 / 63 / 64 / 66

— Siehe Bestellcoupon!

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

Was heißt hier Demokratie?

— Bestell-Nr. 5.399

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)

Nr. 43/2003: Parlamentarismus

Helms, Ludger: Deutschlands „semisouveräner Staat“ / von Blumenthal, Julia: Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen / Lhotta, Roland: Der Bundesrat als Oppositionskammer / Kropp, Sabine: Regieren als informaler Prozess / Korte, Karl-Rudolf: Information und Entscheidung / Sarcinelli, Ulrich: Demokratie unter Kommunikationsstress?

— Bestell-Nr. 7.343

Nr. 35–36/2007: Parteiendemokratie

Kleinert, Hubert: Abstieg der Parteiendemokratie / Dittberner, Jürgen: Große Koalition. 1966 und 2006 / Haas, Melanie: Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem / Decker, Frank: Die Bundesrepublik auf der Suche nach neuen Koalitionen / Lorenz, Christian: Schwarz-Grün auf Bundesebene - Politische Utopie oder realistische Option? / Lucardie, Paul: Populismus im Parteiensystem in Deutschland und den Niederlanden

— Bestell-Nr. 7.735

Schriftenreihe

Band 424: Demokratie-Theorien

Einführung in die Demokratie-Theorien von der Antike über das Mittelalter und die frühe Neuzeit bis zu den demokratietheoretischen Konzeptionen der Gegenwart mit Auszügen aus den Originaltexten.

— Bestell-Nr. 1.424

— bpb-Publikationen Online

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten zu den Publikationen der Bundeszentrale für politische Bildung erhalten Sie unter:

www.bpb.de/publikationen

HINWEISE



— Weitere Publikationen

Korte, Karl-Rudolf/Fröblich, Manuel: Politik und Regieren in Deutschland. Strukturen, Prozesse, Entscheidungen
UTB, München 2004

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung
Leske und Budrich, 3. Auflage,
Opladen 2000

— Internetadressen

www.bundestag.de
Homepage des Deutschen Bundestages

www.bundesrat.de
Homepage des Deutschen Bundesrates

www.bundesregierung.de
Homepage der Bundesregierung

www.mehr-demokratie.de
Kampagne für mehr direkte Demokratie

www.politik-digital.de
Der Verein pol-di.net e.V. fördert mit seiner Website die politische Kommunikation im Internet.

— Bestellcoupon

weitere Themenblätter im Unterricht

Bestell-Nr. 5.389 Ex. **Zuschauer-Demokratie** (Nr. 39)
Bestell-Nr. 5.941 Ex. **Politische Streitkultur** (Nr. 48)
Bestell-Nr. 5.956 Ex. **Akteure im politischen Prozess** (Nr. 63)
Bestell-Nr. 5.957 Ex. **Urteil und Dilemma** (Nr. 64)
Bestell-Nr. 5.959 Ex. **Mitmischen** (Nr. 66)

— Themenblätter Online

Sämtliche Ausgaben (auch die vergriffenen) sind im Internet abrufbar.
Kopiervorlagen in Farbe und Schwarz-Weiß als Download unter:

www.bpb.de/themenblaetter

pocket

Bestell-Nr. 2.551 Ex. **pocket politik** (je 1,- Euro)
Bestell-Nr. 2.552 Ex. **pocket wirtschaft** (je 1,- Euro)
Bestell-Nr. 2.553 Ex. **pocket global** (je 1,- Euro)
Bestell-Nr. 2.554 Ex. **pocket europa** (je 1,- Euro)
Bestell-Nr. 2.555 Ex. **pocket zeitgeschichte** (je 1,- Euro)
 Bitte senden Sie mir ein kostenloses Musterexemplar pocket global

Thema im Unterricht Extra: Arbeitsmappen

Bestell-Nr. 5.317 Ex. **Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene** (14. Auflage 2007)
Bestell-Nr. 5.399 Ex. **Was heißt hier Demokratie?**

HINWEISE



— Schlagwortregister der Themenblätter im Unterricht

Afrika — Nr. 41
 Aktien — Nr. 27, 68
 Aktiengesellschaft — Nr. 27, 68
 Antidiskriminierungsgesetz — Nr. 59
 Antisemitismus — Nr. 14, 56
 Arbeit — Nr. 18, 30, 42, 59, 62
 Arbeitslosigkeit — Nr. 30, 42, 62
 Arbeitsmarkt — Nr. 18, 30
 Architektur — Nr. 55
 Armut — Nr. 28, 41, 44, 57, 62
 Ausbildung — Nr. 30, 59
 Ausländer — Nr. 6, 25, 31, 43, 59, 67

Bevölkerungsentwicklung — Nr. 26
 Behinderte — Nr. 59
 Berufswahl — Nr. 18
 Bildung — Nr. 22, 43, 44, 62
 Bioethik — Nr. 1
 Börse — Nr. 27
 Bürgerbeteiligung — Nr. 66
 Bürokratieabbau — Nr. 60
 Bundestag — Nr. 3, 20, 23
 Bundesländer — Nr. 11

China — Nr. 69
 Christentum — Nr. 17, 58

Demografie — Nr. 26, 31
 Demokratie — Nr. 4, 20, 23, 24, 36, 38, 39, 48, 50, 54
 Demonstration — Nr. 24
 Denkmalschutz — Nr. 55
 DDR — Nr. 24
 Diskriminierung — Nr. 16, 59

Eigentum — Nr. 68
 Einkommen — Nr. 40
 Emanzipation — Nr. 19, 21, 59
 Energie — Nr. 2, 57, 60
 Entscheiden — Nr. 63, 64
 Entwicklungspolitik — Nr. 41
 Ernährung — Nr. 5, 41
 Erziehung — Nr. 32
 Ethik — Nr. 68
 EU-Institutionen — Nr. 10
 EU-Erweiterung — Nr. 34, 47, 60, 65
 Europäische Union — Nr. 10, 34, 46, 47, 60, 65, 72
 EU-Verfassung — Nr. 10, 46, 60

Familie — Nr. 19, 21, 32
 Fernsehen — Nr. 9
 Finanzen — Nr. 11, 35, 51
 Finanzpolitik — Nr. 42
 Föderalismus — Nr. 3, 11
 Folter — Nr. 45
 Frauen-Rollen — Nr. 19
 Freiheit — Nr. 13, 40, 50
 Fundamentalismus — Nr. 13, 17
 Fußball — Nr. 49

Generationenvertrag — Nr. 26
 Gentechnik — Nr. 1
 Gesetzgebung — Nr. 3, 4, 20
 Gesundheit — Nr. 1, 5, 44, 51, 52
 Gewalt — Nr. 7, 12, 13, 16, 17, 49, 56
 Gewaltenteilung — Nr. 4, 63
 Gleichberechtigung — Nr. 19, 59
 Globalisierung — Nr. 6, 25, 28, 31
 Grundgesetz — Nr. 3, 4, 45, 46
 Grundrechte — Nr. 4, 50

Haushaltsdefizit — Nr. 35
 Heimat — Nr. 25
 Hitler-Attentat — Nr. 37
 Holocaust — Nr. 14, 56

Identität — Nr. 6, 29, 67
 Industrieländer — Nr. 28
 Integration — Nr. 6, 31, 34, 43, 47, 67
 Internationale Beziehungen — Nr. 15, 28, 36, 41, 46, 47, 60, 61
 Internet — Nr. 7, 33
 Islam — Nr. 13, 17, 43, 47, 58, 61
 Israel — Nr. 56, 61

Juden — Nr. 56, 61
 Jugend — Nr. 21, 38

Karriere — Nr. 18, 19
 Klima — Nr. 71, 73
 Koalition — Nr. 23
 Kommunalpolitik — Nr. 66
 Kommunikation — Nr. 48
 Kommunismus — Nr. 24
 Konfliktregelung — Nr. 12
 Konjunktur — Nr. 29, 42
 Kopftuch — Nr. 6, 43, 59
 Krankenversicherung — Nr. 51
 Kultur — Nr. 9, 55, 58

Länderfinanzausgleich — Nr. 11
 Landwirtschaft — Nr. 5, 34
 Leitkultur — Nr. 6, 67
 Libanon — Nr. 61
 Lobbyismus — Nr. 62, 64

Medien — Nr. 9, 20, 48, 63
 Medizin — Nr. 51
 Meinungsfreiheit — Nr. 50
 Menschenwürde — Nr. 1
 Menschenrechte — Nr. 45, 50, 52
 Migration — Nr. 6, 25, 31, 43, 67
 Militärische Interventionen — Nr. 12
 Mobbing — Nr. 15
 Multikulturalismus — Nr. 31, 67
 Musik — Nr. 9
 Muslime — Nr. 13, 17, 43, 47, 58, 61, 67

Nachhaltige Entwicklung — Nr. 57
 Nahostkonflikt — Nr. 17, 61
 Nationale Symbole — Nr. 29
 Nationalsozialismus — Nr. 14, 37, 56
 New Economy — Nr. 7

Ökologie — Nr. 2, 5, 28, 52, 57
 Ökosteuer — Nr. 2
 Olympische Spiele — Nr. 49, 69
 Ost-Erweiterung — Nr. 34, 47, 60, 65

Parallelgesellschaft — Nr. 43
 Parlament — Nr. 3, 20, 23
 Parteien — Nr. 4, 23, 48
 Partizipation — Nr. 38, 39, 66
 Plebiszite — Nr. 39, 47, 54, 66
 Politikverdrossenheit — Nr. 39
 Präsidentschaft — Nr. 36, 60, 70
 Prekariat — Nr. 62
 Privilegierte Partnerschaft — Nr. 47

Rechtsstaat — Nr. 13, 45
 Regierung — Nr. 23
 Regierungslehre — Nr. 36
 Religion — Nr. 17, 56, 58
 Rente — Nr. 2

Schule — Nr. 22, 40
 Schuluniform — Nr. 40
 Sicherheit — Nr. 12, 33
 Soziale Gerechtigkeit — Nr. 40, 44
 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Nr. 24
 Sozialstaat — Nr. 26, 44
 Sport — Nr. 49, 69
 Staatsverschuldung — Nr. 35
 Steuern — Nr. 2, 11, 35
 Streitkultur — Nr. 48

Tempolimit — Nr. 71
 Terrorismus — Nr. 12, 13, 45
 Terrorismusbekämpfung — Nr. 13, 45
 Türkei — Nr. 4, 67

Unternehmensfinanzierung — Nr. 27, 68
 Umwelt — Nr. 2, 5, 28, 52, 57, 71, 73
 Unterschicht — Nr. 62
 Urheberrecht — Nr. 7
 USA — Nr. 36, 70

Verbraucherschutz — Nr. 5
 Verfassung — Nr. 3, 4, 46
 Verschuldung — Nr. 35
 Vorurteile — Nr. 56, 67

Wahlen — Nr. 9, 20, 23, 36
 Wasser — Nr. 52
 Wehrdienst — Nr. 53
 Wehrgerechtigkeit — Nr. 53
 Wehrpflicht — Nr. 53
 Widerstand — Nr. 37
 Wiederaufbau — Nr. 55
 Wirtschaft — Nr. 7, 27, 28, 30, 33, 34, 59, 68
 Wirtschaftswachstum — Nr. 42, 57

Zivilcourage — Nr. 8
 Zivildienst — Nr. 53
 Zivile Konfliktbearbeitung — Nr. 12
 Zuwanderung — Nr. 26, 31, 34, 67

bbp-Vertrieb DVG
 Postfach 1148

53333 Meckenheim

— weitere Bestellmöglichkeiten

per Fax: (02 28) 99 515 113 (z. Hd. Herrn Dreike)
 oder online: www.bpb.de

— Versandbedingungen

Im Inland bis 1kg: kostenlos und portofrei.
 1–20 kg: Versandbeitrag von 4,60 Euro per Überweisung nach Erhalt.

Stand: 1. Mai 2008

Lieferanschrift

Schule Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____